

NACHRICHTEN

GASFÖRDERUNG

Israel einigt sich mit Libanon auf Grenze

BEIRUT/TEL AVIV – Die Nachbarstaaten Libanon und Israel haben nach israelischen Angaben ihren langwierigen Streit um Gasförderung im Mittelmeer beigelegt. Sie einigten sich unter US-Vermittlung auf eine gemeinsame Seegrenze, wie der israelische Ministerpräsident Jair Lapid am Dienstag mitteilte. „Dies ist eine historische Errungenschaft“, erklärte er. Beide Seiten beanspruchen im Mittelmeer Gasvorkommen für sich. Israel könnte damit für die EU als Gaslieferant an Bedeutung gewinnen. Auch von libanesischer Seite kamen positive Signale. Die endgültige Fassung des Abkommens stelle den Libanon zufrieden und wahre seine Rechte an seinen Ressourcen, teilte das Büro von Präsident Michel Aoun mit. Eine abschließende Bestätigung aus Beirut stand aber zunächst noch aus. |dpa

BELARUS

Minsk wirft EU-Diplomaten raus

MINSK – Unter scharfer Kritik hat der deutsche EU-Botschafter in Belarus, Dirk Schuebel (Foto), seinen Posten in Minsk verlassen. Die Behörden unter Machthaber Alexander Lukaschenko verlängerten das Visum und die Akkreditierung nicht mehr, wie der Diplomat am Montagabend bei Facebook mitteilte. Der 57-Jährige, der die Mission seit 2019 geführt hatte, kritisierte „eklatante Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts“ nach der Präsidentschaftswahl 2020, die gefälscht und „von ständiger Gewalt gegen unschuldige Menschen“ begleitet gewesen sei. Es gebe heute mehr als 1340 politische Gefangene. |dpa



FOTO: NATALIA FEDOSCHENKO/IMAGO

EU-KOMMISSION

Tipps für Lehrer im Kampf gegen Lügen

BRÜSSEL – Die EU-Kommission hat Tipps für Lehrkräfte zum Umgang mit Fake News im Unterricht veröffentlicht. Konkret geht es darum, die Medienkompetenz von jungen Menschen zu stärken, wie aus einer Mitteilung der Kommission hervorgeht. Dabei wird betont, dass die Leitlinien praktische Anleitungen für Lehrkräfte und explizit keine Vorschriften oder Grundsätze darstellen. Die Tipps beziehen sich vor allem auf Desinformation, darunter werden falsche oder irreführende Informationen verstanden, die aus wirtschaftlichen Gründen oder zur vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit verbreitet werden. Als Praxisidee wird unter anderem vorgeschlagen, Themen, die von unterschiedlichen Standpunkten bewertet werden können, zu diskutieren. |dpa

KLIMAFREUNDLICH

Wien klagt gegen EU-Einstufung

WIEN – Österreich hat beim Gericht der Europäischen Union eine Klage gegen die mögliche Einstufung von Atomkraft und Gas als klimafreundlich eingereicht. Das gab Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Montag in Wien bekannt. Sie unterstütze grundsätzlich die sogenannte Taxonomie der EU, mit der nachhaltige Energieformen klassifiziert werden. „Wogegen ich mich aber mit aller Kraft wehre, ist der Versuch, über eine Hintertür (...) Atomkraft und Gas grünerzuwaschen“, sagte sie. Bereits voriges Jahr wurde entschieden, unter anderem die Stromproduktion mit Solarpaneelen, Wasserkraft oder Windkraft als klimafreundlich einzustufen. Ab Januar 2023 sollen auch bestimmte Gas- und Atomkraftwerke als klimafreundlich klassifiziert werden können. |dpa

DAS THEMA: UKRAINE-KRIEG

Welchen Preis wollen wir zahlen?

Russland forciert seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Professor für Internationale Beziehungen, Johannes Varwick, mahnt den Westen, sich stärker für Verhandlungen einzusetzen.

HALLE (SAALE)/CHEMNITZ – Noch ist nicht absehbar, wie ernst die Verhandlungssignale aus Moskau sind. Fest steht, dass Russland die Raketenangriffe auf die Ukraine ausgeweitet hat – und dass Kremlchef Wladimir Putin mit dem Einsatz von nuklearen Waffen droht. Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick meint, dass der Krieg auf dem Verhandlungsweg beendet werden muss – je früher, desto besser. Mit dem Professor an der Uni in Halle sprach Jens Eumann.

Freie Presse: Deutsche Politiker bis hinunter zur lokalen Ebene äußern derzeit nicht nur berechtigte Ängste, einige fordern mehr Einsatz für eine „Friedenslösung“. Inwiefern sind solche Forderungen sinnvoll, wenn sie allein an die Bundesregierung gerichtet sind?

Johannes Varwick: Die deutsche Bundesregierung ist sicher nicht der entscheidende Akteur. Dennoch könnte sie ihr Gewicht stärker für eine politische Lösung einsetzen.

Sie hatten im Januar, also vor Kriegsbeginn, mehr Selbstreflexion im Westen zu den eigenen Versäumnissen und auch mehr Verhandlungsbereitschaft gegenüber Russland angemahnt. Inwiefern gilt das unter den veränderten Vorzeichen des Krieges noch, wie weit ist es hinfallig?

Das gilt unverändert. Wir sehen doch, dass sich die Eskalationsspirale jeden Tag weiterdreht. Die Zeit für Verhandlungen wird ohnehin eines Tages kommen. Die Fragen lauten nur: Wie viele Opfer muss es bis dahin geben? Wie stellen wir uns das Ende des Krieges vor und wann beginnen diplomatische Initiativen, um das definierte Ziel zu erreichen? Zugleich müssen wir uns fragen, ob wir den Willen und die Mittel haben, die russischen Ziele zu durchkreuzen und welchen Preis wir dafür zahlen können und wollen.

Wo liegen Grenzen dessen, was man bei möglichen Verhandlungen mit Russland nicht zur Disposition stellen darf?

Das ist eine komplizierte Frage, auf die es keine einfache Antwort gibt. Jedenfalls dürfen wir das nicht, wie oft zu hören ist, allein der Ukraine überlassen. Die Ukraine ist abhängig von unserer Unterstützung, und schon daraus resultiert das Recht und die Verantwortung, auch mitzureden. Und ich denke schon, dass es am Ende des Krieges eine Veränderung der ukrainischen Territorialität geben wird, so bitter das auch sein mag. Die Alternative ist entweder ein jahrelanger Abnutzungs-



Ukrainische Rettungskräfte bergen in Saporischschja einen Toten aus den Trümmern eines Hauses. Nach ukrainischen Angaben wurde es durch russische Raketen zerstört.

FOTO: ALBERT KOSHELEV/IMAGO

krieg oder sogar eine weitere Eskalation. Beide Alternativen sind also unvernünftig.

Welche weiteren Eskalationsmöglichkeiten befürchten Sie aktuell vor dem Hintergrund des Anschlags auf die russische Brücke zur Krim bzw. der Rückeroberung ostukrainischer Gebiete durch ukrainische Truppen?

Ich habe immer argumentiert, dass Russland leider die Eskalationsdominanz hat – und genau das sehen wir doch jetzt. Den Ukrainern gelingt es zwar, durch das Zusammenziehen von Kräften sowie milliardenschwere westliche Waffenlieferungen und Unterstützung bei Ausbildung, Aufklärung und Zielerfassung punktuelle lokale Überlegenheit zu erreichen und damit auch lokale Durchbrüche zu erzielen. Eskalationsdominanz meint die Fähigkeit, auf jeden Schritt eines Gegners mit einer Eskalation auf eine höhere Stufenleiter antworten zu können. Und genau dazu ist Russland in der Lage – und wird dies wohl auch tun oder zumindest versuchen.

Putin setzte vor den Scheinreferenden in der Ostukraine seine, wenn man so will, „alleralleral-

lerletzte“ Warnung ab, als er betonte, nicht zu bluffen. Erneut brachte er so den Einsatz von Atomraketen ins Gespräch. US-Präsident Biden sagte inzwischen, die Welt sei einer nuklearen Konfrontation seit Kuba nie so nah gewesen. Wie wahrscheinlich ist es, dass Putin auch diese Grenze überschreitet und wovon hängt das ab?

Das ist leider nichtkartografiertes Gelände, und wir haben kein Lehrbuch dafür. Ich halte das zwar nicht für wahrscheinlich, aber immerhin inzwischen für denkbar. Jedenfalls dürfen wir uns nicht von einer Eskalationsdynamik mitreißen lassen, an deren Ende der Einsatz von Nuklearwaffen steht. Die USA versuchen inzwischen recht deutlich, Putin dadurch von einem Einsatz taktischer Nuklearwaffen abzuhalten, indem sie mit einer für Putin unkalkulierbaren Gegenreaktion drohen. Es kann aber niemand ausschließen, dass ein Punkt kommt, an dem die Dinge außer Kontrolle geraten.

Putin scheint das Besteck seiner Drohungen jeweils auf die unterschiedlichen der im Westen ausgemachten Gegner zuzuschnei-

den. Während etwa für Deutschland die Einschränkung bei der Gasversorgung lange auszureichen schien, drohte er Großbritannien bereits zu frühem Zeitpunkt mit einem nuklearen Angriff. Ist es zur Einschätzung der Lage hilfreich, solche Unterschiede bei Putins Drohgebärden im Blick zu haben, und wenn ja, warum?

Es ist natürlich die Absicht Putins, den Westen zu spalten und jeweils maßgeschneiderte Einschüchterungsstrategien zu wählen. Wir sollten uns nicht auseinanderdividieren lassen, aber zugleich die diplomatischen Anstrengungen verdreifachen. Es gehört ja zu den Missverständnissen in der deutschen Debatte zu glauben, dass Gespräche schon Diplomatie bedeuten. Nur miteinander zu telefonieren, ist aber noch keine Diplomatie. Unvereinbare Positionen zu einer gemeinsamen Position zu schmieden: Das ist Aufgabe der Diplomatie.

Nur Tage vor dem russischen Angriff Ende Februar hatten Sie davon gesprochen, die einzige verbliebene Option sei nun, den Konflikt „einzufrieren“ und auf bes-

sere Zeiten zu hoffen. Unter welchen Voraussetzungen sind solche bessere Zeiten mit Putin überhaupt vorstellbar?

Einfrieren ist erst einmal das Gegenmodell zur Eskalation – auch wenn damit natürlich nicht alle Probleme gelöst sind. Trotzdem sollten wir jetzt innehalten und über einen realpolitischen Interessenausgleich in dieser völlig verfahrenen Situation nachdenken. Wie man das dann eines Tages löst, das müssen andere Generationen entscheiden. Die Aufgabe unserer Generation ist es, nicht in einen unkalkulierbaren, möglicherweise nuklearisierten Krieg mit Russland zu geraten.

Wie würden bessere Zeiten nach Putin aussehen?

Wir haben wenig Einfluss darauf, wie lange Putin noch im Amt ist. Hinzu kommt, dass Russland einstweilen auch im politischen und ökonomischen Bereich eine erhebliche Durchhaltefähigkeit besitzt. Und es ist keinesfalls sicher, dass nach Putin etwas Besseres käme. Deswegen ist es auch nötig, Russland einzudämmen, aber das geschieht ja auch. Die Nato ist deutlich stärker als Russland, und ich erwarte nicht, dass Russland sich mit der Nato anlegen würde. Die Ukraine ist aber nicht in der Nato und insofern ein Sonderfall. Daraus resultiert der Bedarf für politischen Interessenausgleich mit Russland.

Welche Voraussetzungen müsste der Westen und müsste Russland dafür schaffen?

Das weiß ich leider nicht. Was ich aber weiß, ist: Russland wird nicht von der Landkarte verschwinden und wir müssen darüber nachdenken, wie wir wieder zu einem auskömmlichen Verhältnis mit Russland kommen können. Es ist also mittelfristig eine neue Vision wie die von Willy Brandt nötig – der galt damals auch vielen als Träumer, hat aber mit seiner Vision richtiggeleitet. |eu

Johannes Varwick

Der 53-Jährige ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Uni Halle-Wittenberg. Von Mai 2019 bis Juli 2021 war er Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. Zuvor war er unter anderem für das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik tätig und hatte an den Unis Kiel und Nürnberg-Erlangen gelehrt. |juerg



FOTO: HEINRICH SCHMIDT

Russland überzieht Ukraine mit Raketenangriffen

Den zweiten Tag infolge stehen Städte unter massivem russischen Beschuss – Selenskyj betont Widerstandswillen

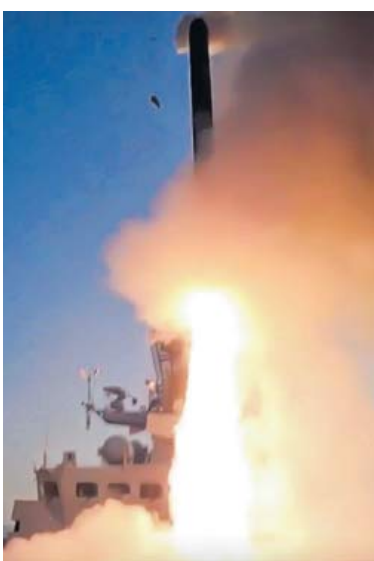
KIEW/MOSKAU – Russland hat die Ukraine am Dienstag erneut mit Raketen angegriffen. Explosionen gab es wieder in der Umgebung der Hauptstadt Kiew und mehreren weiteren Regionen. Der am Montag begonnene Beschuss auf zivile Ziele wird von UN-Experten als mögliches Kriegsverbrechen gewertet und trifft in der Nato auf scharfen Protest. Nach der militärischen Eskalation setzte Moskau nun plötzlich ein anderes Signal: Angeblich ist Präsident Wladimir Putin zum Gespräch mit US-Präsident Joe Biden bereit.

Wenn Washington ein solches Treffen beim G20-Gipfel anbiete, werde Moskau dies prüfen, sagte zumindest Außenminister Sergej Lawrow im russischen Staatsfernsehen – pochte aber zugleich auf Moskaus Kriegsziele. Putin hatte unter anderem die „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine gefordert. Außerdem soll die Ukraine von Russland annektiertes Gebiet aufgeben und künftig neutral bleiben. Kiew lehnt diese Forderungen

ab und verlangt, dass russische Truppen vor Beginn von Verhandlungen besetztes Land räumen.

Putin will sich zunächst am Donnerstag mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan treffen, und zwar am Rande des Gipfels der Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) in Astana. Die Türkei sieht sich als möglichen Vermittler im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. „Ein Waffenstillstand muss so schnell wie möglich hergestellt werden“, sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu in einem Fernsehinterview.

Putin hatte die massiven russischen Raketenangriffe in vielen Teilen der Ukraine am Montag befohlen und dies als Reaktion auf Explosionen auf der strategisch wichtigen Brücke zwischen Russland und der annektierten ukrainischen Halbinsel Krim dargestellt. Bis Dienstag meldeten die ukrainischen Behörden 19 Todesopfer und mehr als 100 Verletzte infolge der Einschläge rus-



Ein russisches Kriegsschiff feuert einen Marschflugkörper ab.

FOTO: VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM IN MOSKAU/DPA

sischer Geschosse. Auch am Dienstag gingen die Angriffe mit Raketen und Kampfdrohnen weiter, nicht nur in der Umgebung von Kiew, son-

dem auch in Saporischschja im Süden sowie in den Gebieten Chmelnyzkyj, Dnipro, Winnyzja, Mykolajiw und Riwna. In Kiew flüchteten sich Menschen bei Luftalarm in Schutzräume, wie eine Reporterin der Deutschen Presse-Agentur berichtete. Ukrainische Medien berichteten, es seien 20 Raketen am Dienstagmorgen eingeschlagen – im Vergleich zu mehr als 80 am Vortag. Das russische Verteidigungsministerium bestätigte Schläge gegen Objekte der Militärverwaltung und des Energiesystems in der Ukraine. „Das Ziel des (Militär-)Schlages ist erreicht“, sagte ein Sprecher.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj betonte den Widerstandswillen seines Landes. „Die Ukraine lässt sich nicht einschüchtern“, sagte er am Montagabend. In Telefonaten versuchte er weitere internationale Hilfe zu mobilisieren. Dazu sprach er mit Biden, mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und anderen westlichen Spitzenpolitikern. |dpa

VIDEOKONFERENZ

G7 verurteilt Kreml für Kriegsverbrechen

BERLIN – Die sieben führenden demokratischen Wirtschaftsmächte haben die jüngsten russischen Raketenangriffe auf die Ukraine aufs Schärfste verurteilt und den ukrainischen Streitkräften weitere militärische Unterstützung zugesichert. Nach einer Videokonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj erinnerten die Staats- und Regierungschefs der G7 am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung daran, dass „wahllose Angriffe auf unschuldige Zivilisten ein Kriegsverbrechen“ darstellten. „Wir werden Präsident Putin und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen“, heißt es darin weiter mit Blick auf den Kremlchef. Die G7 verurteilte auch die „illegal versuchte Annexion“ von vier ukrainischen Regionen durch Russland. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, dass sie diese Annexion nie anerkennen würden. Sie forderten Russland auf, die Gefechte einzustellen und seine Truppen abzuziehen. |dpa